

Die Meinung

Zeitung der DKP Wedel

März

44. Jahrgang

2013

Ostersonnabend 30. März 2013

*Krieg
ist nie
die Lösung*

Am Ostersonnabend demonstrieren die Friedensaktivisten in Wedel

Der Ostermarsch in Wedel am Ostersonnabend hat eine jahrzehntelange Tradition. Auch in diesem Jahr ruft das Friedensnetzwerk des Kreises Pinneberg zur Kundgebung auf dem Rathausplatz auf und um 12 Uhr zur Teilnahme an einem bunten, fröhlichen und informativen Friedensfest auf dem Theaterschiff „Batavia“. Natürlich ist auch wieder die Oma-Körner-Band dabei, die den Ostermarsch in Wedel in einem humorig-trotzigen Lied besingt, das die Friedensbewegten in München ebenso kennen wie in Essen, Kiel und Flensburg: „Wir sind die schrägen Vögel, die echt von gestern sind – wir laufen hier in Wedel gegen den Wind. Wir sind für das Recht auf Arbeit auch in dieser Zeit. Wir sind für den Weltfrieden und Zwischenmenschlichkeit.“

Die Oma-Körner-Band, bestehend aus leidenschaftlichen Hobby-Musikern aus Wedel, Hamburg und Norderstedt, hat viele eigene Songs komponiert und getextet, die beim Friedensfest auf der „Batavia“ zu Gehör gebracht werden.

Wie in jedem Jahr bietet die Friedenskoordination auch den Kindern ein Programm mit Ostereiersuchen auf dem Gelände des Theaterschiffs, mit Spielen und einer Luftballonaktion.

Nicht nur die Themen sind es, die zunehmend viele Menschen aus Hamburg und Umgebung am Ostersonnabend nach Wedel ansprechen, sondern auch die Form der Veranstaltung. Immer wieder gelingt es der Friedenswerkstatt Wedel, prominente und kompetente Redner für die Friedenskundgebung zu gewinnen. In der Vergangenheit sind schon viele engagierte Kriegsgegner zu Wort gekommen, Politiker und Wissenschaftler, Ärzte und Geistliche, Gewerkschafter, ehemalige und aktive Offiziere der Bundeswehr, die eine Erkenntnis eint: „Krieg ist nie die Lösung“.

In diesem Jahr sind zwei Redner aufgebeten, die wichtige Teile der Friedensbewegung repräsentieren: Einer ist Oberstleutnant der Reserve Michael Lindner (Hamburg) vom Darmstädter Signal, einem Arbeitskreis von Offizieren

und Unteroffizieren, die mutig gegen die Umwandlung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee auftreten und sich für nichtmilitärische Alternativen zur Konfliktbewältigung einsetzen. Der zweite Redner ist Jens Festersen, Gewerkschaftssekretär der Gewerkschaft ver.di, der sich in der friedenspolitischen

Tradition der Gewerkschaften sieht und nicht für eine Verwischung der Fronten zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften eintritt wie sie unlängst von DGB-Chef Michael Sommer versucht wurde.

„Krieg ist nie die Lösung, nicht in Afghanistan, Irak, Libyen, Mali, nicht in Syrien und Palästina“, heißt es in dem Ostermarschaufruf und weiter „Wir verweigern uns dem Zwangsdenken von Kriegspropaganda, Kriegsdrohungen und Kriegen. Aufgabe der Friedenskräfte muss sein, dass diese völkerrechtswidrigen Kriege, die in erster Linie wegen geostrategischer und wirtschaftlicher Interessen geführt

Fortsetzung S 2

Luxusbauten am Geestrand und Sozialwohnungen

Wo die Bälle liegen - Abkehr von der bisherigen Politik erforderlich

In Wedel fehlen seit Jahren mindestens eintausend Wohnungen, die auch von Haushalten mit geringen und mittleren Einkommen bezahlt werden können. Darauf ist in der „Meinung“ wiederholt hingewiesen worden. Aber die Mehrheit in der Ratsversammlung hat alle in diese Richtung zielenden Anträge der Linksfraktion abgelehnt. Immer teurer, immer luxuriöser sollte gebaut werden. Und Bürgermeister Niels Schmidt behauptete ständig, man könne keine Investoren finden, die öffentlich geförderten Wohnungsbau in ihre Planungen einbeziehen würden. Inzwischen sind Investoren aufgetreten, die den Forderungen nach sozialem Wohnungsbau wenigstens zu einem bestimmten Prozentsatz nachkommen wollen. Dass diese Versprechungen nicht alle seriös sind und aufrecht erhalten werden, wenn es zum Schwur kommt, soll nicht weiter untersucht werden. Immerhin kommt Bewegung ins Spiel. Gegenüber der Fraktion „Die Linke“ hat sich der Architekt Thomas Volk als Investor oder im Auftrag des Projektentwicklers Dieter Brakemeyer zum Bau von Sozialwohnungen verpflichtet, wenn denn am Geestrand gebaut werden könnte. Offensichtlich winken hohe Renditen, wenn die im Außengebiet liegenden Grundstücke als Bauland ausgewiesen werden können. Sogar Bürgermeister Niels Schmidt will sich dafür einsetzen und beantragte in Kiel ein Zielabweichungsverfahren, über das sich die Grundstücksbesitzer und Investoren freuen, darauf hoffend, dass es Erfolg hat. Natürlich kann man die Genehmigung nicht mit den Profiterwartungen begründen und also kommen die Sozialwohnungen ins Spiel. So überschreibt das „Wedel -Schulauer Tageblatt“ seinen Artikel „Sozialwohnungen : Ball liegt bei Kiel“. Lehnt Kiel aus umweltpolitischen Gründen ab, schiebt man der Landesregierung den Schwarzen Peter

zu. So einfach geht das. !“ Die Bremser sitzen nicht vor Ort, sondern in Kiel“, schrieb das Tageblatt. Kein Wort davon, dass die von CDU und FDP mit zeitweiliger Unterstützung von Grünen gebildete Ratsmehrheit von sozialem Wohnungsbau in Wedel nichts wissen wollte. Hohn und Spott wurden über Stephan Krüger (Die Linke) ausgegossen, dessen Anträge und Wortbeiträge im Planungsausschuss und in der Ratsversammlung stets als utopisch abgeschmettert wurden. Der Bürgermeister begleitete diese Szenerie immer wieder mit der Feststellung, Wedel habe nun einmal eine solch privilegierte Lage, dass die Stadt für Investoren interessant ist. Die Linke kommt in der Präambel ihres Wahlprogramms zu der Einschätzung: „Bedenkenlos haben vor allem CDU und FDP der Errichtung von Luxuswohnungen – nicht nur an der Elbe – zugestimmt und sich prinzipiell lange gegen den Bau kostengünstiger Wohnungen gestellt.“ Inzwischen haben in Wedel etwa 40 Prozent der Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung und ihre Zahl steigt weiter. Die Wohnungsnot erfordert eine generelle Abkehr von der Politik der bisherigen Ratsmehrheit. Daher fordert das Offene Bündnis „Die Linke“ die Förderung von Wohnprojekten und Genos-

senschaften, die sich verpflichten, mindestens 30 Prozent ihrer Wohnungen im sozialen Wohnungsbau zu errichten. Das soll für Bauprojekte ab zehn Wohneinheiten gelten. Dass es darüber hinaus noch weiterer sozialer Maßnahmen auf dem Gebiet Wohnen und Mieten geben muss, versteht sich für die Linke. Dazu gehört die Orientierung der Stadt auf soziale Erhaltungssatzungen für alle Gebiete, in denen es rechtlich noch möglich ist. Die Linke beharrt außerdem auf ihrem Vorschlag der Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft, die neu baut, verwaltet und es keinen „Heuschrecken“ gestattet, ärmere Familien und Rentner aus ihrer Stadt zu vertreiben. Wedel muss für alle da sein und nicht für die Superreichen und Sozialer Wohnungsbau muss als selbstverständlich akzeptiert werden und nicht als Almosen oder Alibi (siehe Holmer Straße/Geestrand. Wi.

ViSdP:
Günther Wilke
Tel 3486
Fotos:
Meinung(6),
W.Erdmann (1)
K.Holzapfel (2)

Stadtteilzentrum „Mittendrin“ - Friedrich-Eggers-Straße 79

Veranstaltung der MASCH-Wedel

17. April

Mittwoch, 19.30 Uhr



Wolfgang Erdmann
ehem. Konzern-Betriebsrat
IG-Metall Gewerkschafter

Am Mittwoch, den 17.4.2013 referiert und diskutiert der ehem. Betriebsrat von „Jungheinrich“ - Norderstedt - Zum Thema:

Finanzkapital und Rüstungsindustrie

Zur Rolle des Finanz- und Rüstungskapitals bei der Vorbereitung des 1. und des 2. Weltkrieges, bei der Machtübertragung an den Nationalsozialismus (Erkenntnisse aus den Nürnberger Prozessen) und zur Rolle des Finanzkapitals und der Rüstungsindustrie in der BRD heute.

Fortsetzung von Seite 1

werden, unmöglich gemacht werden. Einer militärischen Intervention gegen Syrien und den Iran widersetzen wird uns.“ Der Aufruf schließt mit dem Appell: „Wir engagieren uns für Frieden und Abrüstung, denn wir wissen: Eine Welt ohne Krieg ist möglich.“

GKB kündigt drastische Mieterhöhungen an

103% mehr - Entsetzen und Empörung am Hasenkamp

Bei den Mieterinnen und Mietern der Wohnobjekte Hasenkamp 6 – 8 in Wedel herrscht seit dem 26. Februar 2013 Fassungslosigkeit, die mittlerweile in Entsetzen und Empörung umgeschlagen ist. Grund ist die Ankündigung der Genossenschaft GKB, nach Beendigung von Modernisierungsarbeiten die Mieten von 3.44 pro Quadratmeter auf 7 Euro zu erhöhen. Je nach Größe der Wohnungen handelt es sich um eine Erhöhung der Netto-Kaltmiete zwischen 245 und 300 Euro. „Das kann man doch nicht mit uns machen“, meinte eine Mieterin spontan und fügte hinzu: „Das können wir nicht bezahlen. Dann müssen wir ausziehen.“ Eine andere Mieterin, die Hartz IV-Empfängerin ist, hatte ebenfalls Tränen in den Augen, als sie feststellte: „Den Betrag zahlt die ARGE nicht. Dann wird man von mir verlangen, mir eine andere bezahlbare Wohnung zu suchen. Aber wo in Wedel findet man eine solche?“ Unruhe macht sich auch bei Rentnern breit, die über Nacht zu Sozialempfängern

genossenschaftlichen Gründen haben wir uns jedoch dazu entschieden, Ihre Miete lediglich auf 7 Euro zu erhöhen.“ Jeder mag für sich beantworten, ob er vor Rührung ob er diese Begründung für blanken Zynismus halten will oder in grenzenlose Dankbarkeit ausbrechen soll ob der geradezu vorbildlichen sozialen Haltung seines Vermieters, der seinen Mietern ausführlich die Vorteile der geplanten Modernisierung schildert (nachhaltige Senkung des Energiebedarfs), aber die Antwort auf die Frage schuldig bleibt, wer denn von der Modernisierung profitiert. Solche müssten doch allen Mietern zugute kommen und nicht nur jenen, die noch in der Lage sind, die höheren Mieten zu bezahlen und gut gestellten Neumieter. Und was ist daran „genossenschaftlich“, wenn langjährige Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben werden? Die GKB teilte in ihrem Ankündigungsschreiben mit, sie habe die Investitionsbank Schleswig-Holstein um Zustimmung zur Modernisierung gebeten. Die-

Ihre Chance zu nutzen und gleich so hinzulangen, wie es der Markt ermöglicht. In der Tat gilt seit dem 13. Dezember 2012 ein mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP verabschiedetes Mietrechtsänderungsgesetz. In namentlicher Abstimmung votierten 308 Abgeordnete für das Gesetz, 267 dagegen. Es gab eine Enthaltung. Der Deutsche Mieterbund versah in seiner MieterZeitung einen Bericht über die Bundestagsitzung mit der Überschrift „Ein schreckliches Mietrecht“. Dieser Formulierung werden die Verantwortlichen der GKB sicher nicht zustimmen. Sie nehmen, was der Markt her gibt. Das Fatale ist, sie befinden sich im Einklang mit den von der Bundesregierung gehätschelten anderen privaten oder „genossenschaftlichen“ Vermietern. Die „MoPo“ schrieb zum Beispiel am 15. März unter der *Überschrift „Steigende Mieten. Bis zu 17 Prozent im Umland“: „Jetzt geht’s auch im Hamburger Umland los. Die Mieten ziehen deutlich an, das belegt eine neue Studie der F-und-B-

Immobilienberatung. Grund: Wer sich die Mieten nicht mehr leisten kann, weigert in den Speckgürtel aus. Bis zu 17 Prozent sind die Durchschnittsmieten in den vergangenen Jahren gestiegen. Betroffen sind vor allem Wedel, Norderstedt, Ahrensburg, Reinbek und Seevetal.“

Wenn man sich mit dem Genossenschaftsgedanken beschäftigt, Dazu findet sich im Internet eine Kurzdefinition: „Genossenschaftliches Wirtschaften ist weder Sozialromantik noch eine Absage an die Rechenhaftigkeit. Während der Erfolg einer Kapitalgesellschaft an Gewinn- und Börsenkursen gemessen wird, zielt die Genossenschaft darauf ab, für ihre Mitglieder Nutzen zu produzieren.“ Übrigens sind jene Mieter, die nun unter Hinweis auf die gesetzlichen Möglichkeiten aus ihren Wohnungen vertrieben werden,

im juristischen Sinn bis heute „Genossen“. Die Pioniere des Genossenschaftsgedankens würden sich im Grabe umdrehen, erführen sie, wie heute jeglicher Gedanke der Solidarität mit Füßen getreten wird.

Marianne und Günther Wilke



werden.

Die Genossenschaft GKB fühlt sich mit ihren voraussichtlichen Miethforderungen sogar noch als sozialer Vermieter. In dem Schreiben vom 26. Februar 2013 teilt das Unternehmen mit, man könne juristisch die jetzige Kaltmiete von 3.70 pro Quadratmeter auf 7.14 € erhöhen. Aber „aus

se habe mit Schreiben vom 18.2.2013 mitgeteilt, dass ihrerseits eine Zustimmung zur Modernisierung nicht zu erfolgen braucht. Es gelten in Folge gesetzlicher Änderungen die Vorschriften des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumförderungsgesetzes.“ Diese Nachricht veranlasste die GKB, sofort

„Wir sind GuD“

Schwere Zeiten für die Helfer der Energiewende à là Vattenfall



Fangen wir einmal vor Ort und konkret in Wedel an. Wir gehen ins Rathaus und entdecken Erfreuliches. An der Wand im Erdgeschoß neben der „Information“ hängt ein Flachbildschirm und wir erfahren, daß durch die Photovoltaik-Anlage auf dem Rathaus von 2008-13 a viele Kilowattstunden Strom erzeugt und dadurch

b ca.400.000 kg CO₂ eingespart wurden. Man zieht den Hut, denn das ist GUT. Hier wollen wir sie loben, die Macher bei den Stadtwerken und im Rathaus. Die Stadt zeigt sich hier von ihrer energiepolitisch hübschen Seite. Der Beobachter bekommt den Eindruck, daß man stolz darauf ist, in wenigen Jahren eine Menge CO₂ gespart und einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz geleistet zu haben.

„Wenn wir die Ziele wollen, dann wollen wir auch die Mittel“ sagte einst Immanuel Kant. Steht man vor dem Flachbildschirm im Rathaus, denkt man unvermittelt, der Bürgermeister muss ein Kantianer sein. Photovoltaik auf dem Dach ist doch ein kerniges Bekenntnis - und ein gutes Mittel - zum Klimaschutzziel. Wir unterstellen einmal, dass er für Klimaschutzziele ist. Aber dann kam ein Fall über ihn und die Stadt namens Vattenfall und damit hatten sich die beiden ins Verhältnis zu einem so genannten Riesen - Energieriesen - zu setzen und ihre Rolle darin zu finden.

Es gibt ja Verhaltensvorschläge für solche Fälle, z.B. in der Bibel. Das Modell des alten Noah ist geläufig, der packte alles von Wert auf's Boot, stach in See und wartete ab, bis der sintflutartige Vattenfall vorüber war.

Alternativ kann man auch David spielen gegen Goliath, auch ein schöner Vorschlag. Aber das verlangt vom heutigen „User“ eine gewisse Transferleistung solcher Tips aus dem ältesten Fundus ins Hier und Heute. Bin ich David oder Goliath? Sind Energiekonzepte für Städte wichtig? Das könnte eine Wedeler Agenda 2020 sein mit Klimaschutzziele und wie wir das hinkriegen und warum wir

das erreichen können und werden und müssen gegen den kleinen Vattenfall, der immer so dreckig vom Spielen auf dem Marktplatz nach Hause kommt und für den Globus.

In Wedel meidet man lieber die

Photovoltaik - von der spricht man im neuen Verhältnis nun gar nicht mehr. Der örtlichen Argumente Strickmuster ist schlicht und besticht nicht. Sowas wurde auch schon mal (im Kommunistischen Manifest) die „Idiotie der Provinz genannt“.

Gas sei „sauberer“, also besser als Kohle und führe zu weniger CO₂-Ausstoß und auch zu Gewerbesteuerereinnahmen.

Warum macht er das, der Bürgermeister? Und warum die kommunalen und Landespolitiker? Im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung in Kiel steht: „Vorreiter der Energiewende werden, die Umwelt schützen“

Wie kann man für Klimaschutzziele sein



Vattenfall Abreibung - obwohl der so dringend abgeseift gehört - legt sich dafür mit den betroffenen Bürgern an. Der Bürgermeister will nicht mit den vielen Davids von der Bürgerinitiative sprechen, er macht suspekte Figuren unter ihnen aus und sieht - in der Einwohnerversammlung - bei zuviel Bürgerbeteiligung „unseren Wohlstand“ in Gefahr.

Man zeigt sein zweites Gesicht, macht sich die Klappentexte von Vattenfall - oder man denkt es wären die eigenen - zu eigen und tanzt auf der zweiten Hochzeit heftiger als auf der heimischen Scholle mit der hübschen Frau

und zulassen und vertreten, das Moorburg - 9 Millionen Tonnen CO₂ jährlich - gebaut und Wedel - fast 2 Millionen Tonnen CO₂ jährlich - geplant wird?

Das stillzulegende Kohlekraftwerk Wedel gegengerechnet bleibt ein mehr an 10 Millionen Tonnen CO₂ jährlich. Da sind wir aber zynisch froh, daß Wedel schon mal 0,4 Millionen Tonnen in fünf Jahren im Vorwege eingespart hat. Der Herr hat ein Auge auf das eine wie das andere und sein Segen ist sicher für alles was er da auf dem Rathausdach sieht. Das Klima aber geht lieber zum Teufel mit dem Vattenfall.

Der Energiemixer substantielle Innovationen und andere Katastrophen

2500 bleiben auf der Strecke

Vattenfall will als Folge ihrer miserablen Expansionspolitik der vergangenen Jahre und damit verbundener Verluste von über 4 Milliarden Euro 2500 Arbeitsplätze vernichten - davon 1500 in Deutschland. Die Vattenfall - Propaganda hat nach Auffassung des Konzerns so gearbeitet, daß sie einen großen Teil der Arbeitsplätze abliefern muss, die Vattenfall in Deutschland streichen will.

Vattenfall ist in der Tat beängstigend, ihr propagandistisches Arsenal ist dagegen kaum geeignet ihre Taten zu kaschieren. „Substantiellen Klimaschutz“ nennen sie die Auswirkungen ihrer geplanten Tätigkeit in Moorburg und Wedel.

„Innovativ“ nennen sie ihr geplantes GuD mit angehängtem Tauchsieder.

Und was ist „innovativ“ an einer alten GuD -Technik mit einem Wirkungsgrad von 56% - bisher waren es im Kohlekraftwerk 45%?

Leicht durchschaubar, wenn der Vattenfall Vertreter im Fährhaus von einem GuD-Wirkungsgrad von „88%“ spricht. Hat ihm denn keiner gesteckt, daß am ersten Generator des Kohlekraftwerks Wedel ein großes Schild darauf hinweist, daß jetzt schon „91%“ erreicht werden?

Eine weitere ihrer arroganten Pointen gehört hier noch erwähnt: Auf die Frage nach dem Wirkungsgrad ihrer über 20 km langen Fernwärmeleitung von Wedel nach Hamburg antworten sie

regelmäßig, die Verluste betragen 1° Celsius. Im Internet und von Vattenfall Mitarbeitern erfährt man, daß die Verluste zwischen 10 und 30 % liegen. Einfach mitreißend, wenn Vattenfall auf sein neues Energiekleid Energiemix schreibt und mit 86 % brauner und schwarzer Kohle daherkommt.

Wahrlich kein leichter Job für die spin-doctors von der Vattenfall Propaganda. Ihre laufenden Verhandlungen mit schwedischen Kommunen über neue Atomkraftwerke bleiben auch ohne Beifall beim Publikum.

Wenn erst beim deutschen Publikum bekannt wird, daß Vattenfall in weniger als 10 Jahren im Zuge ihrer Eroberungen in Nordeuropa von fast Null (3,6) auf 90 Millionen Tonnen CO2 Ausstoß jährlich gekommen ist, kriegen wir dann seine Anerkennung?

Gern streut Vattenfall auch Wahrheiten, die dann auf dem Grill gedreht als Desinformation gereicht werden. Vom Grill möglichst von hochgestellten Vertretern der Landesregierungen serviert.

Die heiße Kartoffel CO2

Vattenfall Vertreter Wagner gibt bekannt, daß bei Kohleverbrennung mehr CO2 entsteht als bei der Verbrennung von Gas. Eine Kilowattsstunde Strom aus Gas spart also 40 % im Vergleich zu Kohle.

Die Hamburger Umweltsenatorin Jutta

Blanka u servierte dem Rissen er Publikum am Iserberg den Leckerbissen wie folgt: Das Gaskraftwerk Wedel spart 40 % CO2 im Vergleich zum Kohlekraftwerk. (Ihr Hamburger Senatssprecher Jörg Schmolz hat dem Tageblatt auch schon erzählt, daß im Jahr 750.000 t

CO2 gespart würden durch das GuD.) Die Ohrfeige ganz feiner Art verpasste Vattenfall Vertreter Wagner der Umweltsenatorin gleich nach ihrer Einlassung „...GuD spart 40 %...“. Auf die Frage nach dem CO2 beim GuD sagte er: „Ach wissen sie, das können wir heute noch gar nicht sagen. Wir haben ja noch nicht einmal die Turbine bestimmt...“. Das ist an Klarheit und Schlagfertigkeit kaum zu überbieten. Dabei sollte doch das Verhältnis von Herrschaft und Personal etwas mehr im Dunkeln, hinter den Kulissen bleiben.

Die Methode „Backup“

Der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Herr Scholz und vor allem die Grüne Staatssekretärin im Umweltministerium in Kiel, Frau Nestle erklärten beharrlich auf mehreren Veranstaltungen im Winter in Wedel folgendes. Das GuD wird, und allgemein Gaskraftwerke werden aus strukturellen Gründen zur Herstellung der Energiewende gebraucht. Wenn die regenerativen Quellen - insbesondere Windkraft und Photovoltaik - nicht liefern, also wenn es dunkel wird und kein Wind geht, dann müssen wir Kraftwerke in der Hinterhand (Backup) haben, die man rasch herauf und herunterfahren kann. Diese Flexibilität haben Gaskraftwerke und deshalb werden sie bei der Energiewende benötigt.

Nun gibt es aber bereits 56 Gaskraftwerke in Deutschland mit einer Leistung von 22.056MW_{el}.

Sie können 45 % des durchschnittlichen Strombedarfs abdecken.

Weitere 20 sind geplant oder im Bau, nach Fertigstellung würden knapp 70% des Strombedarfs durch Gaskraftwerke gedeckt werden können.

Und nun möchte Frau Nestle noch ein weiteres GuD in Wedel, eben als „Backup“ in ihrem Energieportfolio. Ihr Chef, Umweltminister Robert Habeck sah die Sache in Rissen am Iserberg vor 250 versammelten Bürgern anders. Überflüssig... zu sagen was er zum GuD sagte.



Kissig sieht rot

...und kassiert eine Rüge der Stadtpräsidentin



*Astrid Sawatzky,
Fraktionsvorsitzende der Linken*

Auf der Ratssitzung am 21.03.2013 ging es in vielen Punkten der Tagesordnung um erhöhte Belastungen für die Wedeler und verringerte Leistungen der Stadt. Es war die Stunde der Sparschweinereien und Gebührenerhöhungen. Erhöhte Gebühren für die Volkshochschule, beim Straßenbau, bei den Verwaltungsgebühren der Stadt, „Reduzierung der Personalaufwendungen“, Erhebung von Parkgebühren im städtischen Raum -

auch vor den Schulen...u.v.m. Regelmäßig wurden diese Anträge von den drei Abgeordneten der „Linken“ abgelehnt.

Da platzte dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Michael Kissig, der Kragen: Frau Sawatzky, sie haben in der Vergangenheit, wenn es um Geld ausgeben ging, allen Erhöhungen städtischer Leistungen zugestimmt und sie wollten auch keine Rücklagen bilden, und jetzt sind sie gegen alle Kürzungen, da fällt mir nichts anderes ein als „sie wollen uns wohl verarschen“!

Die Stadtpräsidentin Sabine Lüchau ist sichtlich irritiert und rügt Kissig nach einer Kunstpause: „Herr Kissig, ich bitte um eine etwas andere Wortwahl.“ Frau Sawatzky nahm den zugespielten Ball dankbar auf und erinnerte daran, daß die Linke sehr wohl gegen Geld ausgeben gestimmt habe, z.B. immer wenn es um die teuren Luxus Projekte der maritimen Meile ging, Hafenausbau,



*Michael Kissig,
Fraktionsvorsitzender der CDU*

Elbwanderweg, Treppenviertel u.a. CDU Politik ist eben alternativlos und die Beste. Wer das nicht so sieht, der lernt den Wutbürger Kissig kennen.

CDU und SPD gegen Kürzung der Diäten

Nachdem die Messen notwendiger Gebührenerhöhungen gesungen waren und das Streichorchester Kanon und Kakophonie vom Sparzwang gespielt hatten, kam es zu einem erfrischenden Finale mit allerdings beinhardtem Abgang. Die Grünen, die FDP und die Linke waren sich einig, daß die Abgeordneten, wenn sie denn schon z.B. den Sportvereinen 10 % weniger Mittel zuweisen, mit gutem Beispiel vorangehen sollten und auch bei sich 10 % sparen würden. Die Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder für die Ratsherren und Ausschußmitglieder sollten um ca. 14000 Euro gekürzt werden (10%). Der Antrag wurde von SPD und CDU abgelehnt.

Kissigs Begründung: Hier geht es um das Ehrenamt, und das gelte es zu stärken und zu unterstützen. Sonst müßte man ja auch bei den ehrenamtlichen Helfern der Feuerwehr kürzen.

Kissigs Idee, mal bei der Feuerwehr vorbeizuschauen ist an sich lobenswert. Ob die Feuerwehr jedes Jahr ein neues Fahrzeug für 300.000 bis 500.000 Euro benötigt, wird ad hoc, einmal im Jahr im Ausschuß entschieden, sozusagen von der öffentlichen Hand in den Mund. Hier könnte man sich auch „nachhaltiges Mangement“ vorstellen, das über diesen zeitlichen Horizont hinausschaut und eine längerfristige, sparsamere Fahrzeugbewirtschaftung betreibt.

Wo brennt's denn?

Bei der Feuerwehr!

Auf jeden Fall aber sollte man der Abteilungs Gebäudemanagement bei der Stadt den goldenen Waschlappen für die schlechteste Beleuchtung eines ihrer Gebäude, der Feuerwache nämlich, verabreichen. Miserabler als dort kann man kaum mit Ressourcen umgehen. Man sollte der Stadt einen Schalter schenken, und zwar einen Ausschalter. Den gibts nicht in der Feuerwache, dort brennt immer das Licht und zwar „reichlich“. Ärmlich wird nur die Stadt davon.



500 Teilnehmer folgten Aufruf eines breiten Bündnisses

Wedel bleibt nazifrei

Die NPD und die mit ihr verbündeten Freien Kameradschaften haben am 2. März in Wedel mit dem Versuch, einen „Trauermarsch“ in Erinnerung an die Bombenopfer des Jahres 1943 durch die Stadt zu unternehmen, eine deutliche Abfuhr erlitten. Zuvor hatten sie ihren alljährlichen Marsch in Lübeck abgesagt und verkündet, nunmehr dezentrale Aktionen veranstalten zu wollen. Aber kaum war diese Nachricht bekannt und Wedel als möglicher Ort ins Gespräch gebracht, fand sich dort ein breites antifaschistisches Bündnis zusammen, das Seinen Willen unmissverständlich zu verkünden: Wedel bleibt nazifrei. Die Initiative dazu ging vom Arbeitskreis gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschisten aus. Auf einem Vorbereitungstreffen wurde unter der Überschrift „Wedel steht auf – Keine Neonazis hier und anderswo“ verabschiedet, den Gewerkschaften und Kirchengemeinden, der Türkische Elternbund Wedel, die Friedenswerkstatt, der Wedeler Friedenscup Bingöl, alle Parteien von CDU, SPD, FDP, Grüne, Die Linke und DKP, Jugendverbände und der Seniorenbeirat unterzeichnet wurde. Sogar die Werbegemeinschaft der Innenstadtkaufleute machte mit. Sie erinnerten daran, dass Wedel im Jahre 1990 als „weltoffene Gemeinde“ ausgezeichnet wurde.

Dabei solle es bleiben. Unter dem Druck eines solchen Bündnisses konnte es kein Neonazi wagen, in geschlossener Formation durch Wedel zu ziehen. Den Nazis hätte eine erneute schwere Niederlage gedroht, ähnlich wie im vergangenen Jahr in Lübeck, wo sie nur 200 Meter weit kamen und dann, von Antifaschisten umzingelt, unter Ohren betäubenden Protesten eine jämmerliche Kundgebung veranstalteten.

Trotz des Verzichts der Nazis, hielt das antifaschistische Bündnis an ihrer geplanten Kundgebung auf dem Rathausplatz fest. Es gelte ein Zeichen zu setzen und präventiv gegen die Nazis aufzutreten, sagte Irmgard



*Irmgard Jasker -
Arbeitskreis der Stadt Wedel
gegen Ausländerfeindlichkeit
und Rechtsradikalismus
Foto: K. Holzapfel*

Jasker vom Arbeitskreis der Stadt Wedel gegen Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit. Und so geschah es. Rund 500 Menschen kamen zusammen. Die Polizei schraubte in ihrer Veröffentlichung die Zahl wie gewohnt bei solchen Anlässen die Zahl unten und berichtete von 350 Kundgebungsteilnehmern. Zu ihnen sprachen Vertreter verschiedener Gruppierungen und sogar die Stadtpräsidentin Sabine Lüchau und Bürgermeister Niels Schmidt. Beide bekannten sich zur weltoffenen Gemeinde Wedel. Niels Schmidt unterstrich sein Bekenntnis mit der Feststellung, die Weltoffenheit ende dort, „wo jemand ein rückwärts gewandtes, menschenverachtendes Weltbild an

den Tag legt.

Die „Pinneberger Zeitung“, Beilage des Hamburger Abendblatts, berichtete, die eindrücklichste Rede habe die 83 Jahre alte Marianne Wilke gehalten. Die von den Nazis als „Halbjüdin“ Verfolgte sagte unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer: „Wir sind froh darüber, dass die Nazis heute nicht nach Wedel kommen. Aber es ist unerträglich, dass sie es dürften, wenn sie es denn gewollt hätten.“ Sie setzte sich für ein NPD-Verbot ein und für die Bekämpfung ihrer Ideologie, die von der Einteilung der Menschen als höherwertig und minderwertig ausgeht. Diese Ideologie müsse bekämpft werden, nicht nur aktuell sondern ständig und nachhaltig. Wi.



Foto: K. Holzapfel

Fünf Jahre Linke Opposition in der Ratsversammlung

„Für ein sozial gerechtes Wedel“ lautete im Jahre 2008 die Überschrift unseres Programms zur Kommunalwahl. Wer die Auseinandersetzungen in der Ratsversammlung und in den Ausschüssen verfolgt hat, wird bestätigen, dass unser Offenes Bündnis diesem Anspruch gerecht geworden ist. Allein schon das Thema Sozialer Wohnungsbau beschäftigte dank der hartnäckigen Initiative der Linken die Diskussionen im Rat und in der Öffentlichkeit. Inzwischen zeichnet sich sogar ein Meinungsumschwung ab, wie er in einem Antrag von Linke/Grünen/SPD zum Ausdruck kommt, im Neubaugebiet Kirchstieg 30 Prozent der Wohnungen dem geförderten Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Auch auf anderen

wichtigen Feldern der Kommunalpolitik wie bei dem Themen Bildung und Vattenfall-Kraftwerk führen die Initiativen der Linken zu kritische Diskussionen in anderen Fraktionen.

Dabei lehnt das Bündnis Die Linke Wedel jegliche Kooperation mit anderen Fraktio-

die Wohnraum nur noch für Besserverdienende errichtet. Wir werden es auch in der nächsten Legislaturperiode nicht zulassen, dass Menschen, die hier seit vielen Jahren leben aus der Stadt vertrieben werden, weil sie hier die Mieten nicht mehr bezahlen können. Das betrifft Sozialhilfempfangler ebenso wie ältere Menschen, die zum Teil sogar am Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Stadt mitgewirkt haben. Die von Bürgermeister Schmidt so gepriesene bevorzugte Lage der Stadt an der Elbe muss für alle Schichten der Bevölkerung offen sein.

Das Thema Sozialer Wohnungsbau ist zweifellos das Wichtigste. Aber auch den anderen sozialen Fragen haben wir uns so gewidmet wie es in unserem Programm versprochen wurde. Seit wir im Jahre 2008 als parlamentarische Neulinge gestartet sind, haben wir uns im „Schnelldurchlauf“ kommunalpolitische Erfahrung und Kompetenz erworben. Viele unserer Anträge wurden von der Mehrheit der Ratsversammlung abgelehnt. Manche tauchten

haben wiederholt gegen Haushaltspläne gestimmt. Wir haben diese Haltung damit begründet, dass Millionen Euro für „Schicki-Micki-Projekte“ wie Maritime Meile und Hafenneubau ausgegeben wurden, während zugleich der Rotstift bei sozialen und kulturellen Leistungen angesetzt wurde. Besonders schmerzhaft sind die Einschnitte ins soziale Netz in Schulen und Kinder-einrichtungen.

Das Bündnis Linke Wedel unterstützt in und außerhalb der Ratsversammlung die Forderung von Bürgerinnen und Bürgern nach Transparenz in der Kommunalpolitik. Wir haben wiederholt die Behandlung aller Tagesordnungspunkte, die nicht aus datenrechtlichen Gründen geheim bleiben müssen, im öffentlichen Teil der Rats- und der Ausschusssitzungen beantragt. Leider waren wir meist unterlegen. Das wird uns nicht daran hindern, auch in der Zukunft mehr Demokratie zu fordern. Wenn Bürgerinnen und Bürger aufgerufen werden, sich an der Gestaltung ihrer Stadt zu beteiligen, müs-

sen sie besser und frühzeitig informiert werden. Die Formel muss lauten: Im Zweifel für die Öffentlichkeit.

Die Forderung nach Transparenz schließt auch die Berichterstattung in den örtlichen Medien ein. Wenn mehr als 500 Euro für eine Web-Seite auf einer offiziellen Wedel-Seite verlangt werden, so übersteigt das die finanziellen Möglichkeiten kleiner Parteien. Die Großen können sich solche Ausgaben leisten, obwohl sie von der heimischen Presse ohnehin schon bevorzugt werden.

Wir stehen auf der Seite der Schwächeren in unserer Gesellschaft, der Gewerkschaften, Mieterorganisationen und Sozialverbände, der Menschen mit ausländischen Wurzeln. Wir bekennen uns zu einer Stadt, die einmal als weltoffene Gemeinde ausgezeichnet wurde. Für ein solidarisches Miteinander.



Das Bündnis Die Linke Wedel - KandidatInnen zur Kommunalwahl

nen ab. Das ist zum Vorteil für die parlamentarische Demokratie. Das inzwischen geplatzte Bündnis CDU/Grüne ist ein abschreckendes Beispiel.

Das Offene Bündnis „Die Linke Wedel“ hat ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass eine Entwicklung gestoppt werden muss,

später in Anträgen anderer Fraktionen modifiziert wieder auf. Das mag hier und da ärgerlich sein, aber damit müssen wir vermutlich auch in Zukunft leben. Aber auch diese Tatsache beweist die Notwendigkeit einer linken Opposition.

Unsere Sprecher in der Ratsversammlung

haben wiederholt gegen Haushaltspläne gestimmt. Wir haben diese Haltung damit begründet, dass Millionen Euro für „Schicki-Micki-Projekte“ wie Maritime Meile und Hafenneubau ausgegeben wurden, während zugleich der Rotstift bei sozialen und kulturellen Leistungen angesetzt wurde. Besonders schmerzhaft sind die Einschnitte ins soziale Netz in Schulen und Kinder-einrichtungen.